

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Wappenstein bei Nacht...
Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Maiten-
straße 38/32. Fernruf 25291. Postfachkonto 1068 Dresden
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Umschauungsstelle Dresden und des Schlesianers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Maiten-
straße 38/32. Fernruf 25291. Postfachkonto 1068 Dresden
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Umschauungsstelle Dresden und des Schlesianers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Wappenstein bei Nacht...
Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Maiten-
straße 38/32. Fernruf 25291. Postfachkonto 1068 Dresden
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Umschauungsstelle Dresden und des Schlesianers beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Vatikan wünscht tschechische Einheitsfront „Bund der Landwirte“ neugebildet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Januar.

Wie die Blätter mitteilen, hat der päpstliche Nuntius in Prag, Dr. Hübl, einen Brief an einen slowakischen Politiker gerichtet, in dem er für den Zusammenbruch der tschechischen Katholiken der verschiedenen Nationalitäten eintritt. Es müsse, so wird in dem Brief ausgedrückt, zur Einheit des katholischen Lagers in der Tschechoslowakei kommen, und zwar aus politischen Gründen, denn das Ziel sei die politische Macht. Dr. Hübl empfiehlt den Jesuiten in der Tschechoslowakei vorhandenen katholischen Parteien, sich über einen Zusammenbruch schicklich zu werden. Der Schritt, der auf die Bildung eines tschechoslowakischen „Zentrums“ abzielt, beweist die neue Mäßigkeit des politischen Katholizismus.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Prag ein Reichsparteitag des sudetendeutschen Bundes der Landwirte statt. Im Mittelpunkt dieses Parteitages standen Erörterungen über die Krise, in die der Bund der Landwirte durch die fruchtlose Regierungsbeteiligung des Dr. Spina gebracht worden ist. Den Höhepunkt des Parteitages bildete die

Übergabe der Führung des Bundes an die junge Generation.

Am Vorabend des Bundes der Landwirte wurde der jährliche Parteitag in Prag abgehalten. Der Parteitag beschloß sodann noch eine Kundgebung, in der erklärt wird, daß aus der Bodenverbundenheit des Volkvolkes sich die politische Einstellung zum tschechischen Staat und seinen Einrichtungen ergebe. Der Bund der Landwirte habe in einem 10jährigen Ringen dem sudetendeutschen realen Grundbesitz für die Politik geschaffen. Die politische Einstellung zum Staat entspringe der Forderung nach der verfassungsmäßigen

Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität.

Diese Gleichberechtigung, die insoweit als dem sudetendeutschen die gleichen Rechte wie dem tschechischen Volkstum gewährt werden, sei von den bedeutendsten tschechischen Staatsmännern, so von dem Vizepräsidenten Masaryk ausdrücklich anerkannt worden. Die Gleichberechtigung müsse lebendige Wirklichkeit werden, weil nur dadurch die Befriedigung des sudetendeutschen erreicht und die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben der Völker im tschechischen Staat gegeben seien.

Dazu schreibt unser sudetendeutscher Mitarbeiter u. a.:

Eine der Hauptaufgaben des neuen Parteidommannes Gader wird es sein, die Beziehungen zwischen dem Bund der

Landwirte und den übrigen deutschen Parteien, besonders der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins und der Christlichsozialen Volkspartei zu verbessern. Ob es ihm gelingt, diese schwere Aufgabe zu lösen, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist es sicher, daß Gader den nötigen Idealismus und guten Willen dazu mitbringt und daß ihm die Einigung der Parteien keine leere Phrase, sondern ernstes und auch realpolitisches Bekenntnis ist.

Die Aussichten sind gerade im gegenwärtigen Augenblick allerdings die denkbar schlechtesten.

Besonders der angekündigte Eintritt der deutschen Christlichsozialen in die Regierung und ihre Bestrebungen, einen Ministerposten für ihre Partei zu erhalten, schaffen eine ganz neue Lage, und zwar nicht nur zwischen dem landwirtschafterischen und liberalen Lager, sondern auch zwischen den Christlichsozialen und der Sudetendeutschen Partei, weil sich damit die Christlichsozialen von ihrer Plattform, die sie in den Wahlen bezogen haben, endgültig entfernen. Sie betrachten heute die Frage des Regierungseintritts nicht mehr als allgemeine sudetendeutsche Volkssache, die nur im Einvernehmen aller Parteien, vor allem mit der Henleins entschieden werden soll, sondern als eine Frage der Parteifaktik, die jede Partei für sich entscheidet.

Man ist heute bei den Christlichsozialen ohne weiteres bereit, die oppositionelle Phase einzuleiten und Henleins gegen die Herren Schramel und Olinka auszutauschen, wenn dabei die Konturen eines katholischen Regierungsbündnisses sichtbar werden.

Wenn der neue Parteidommann des Bundes der Landwirte unter diesen Umständen keine Aufgabe darin erblickt, an die Stelle der zerstückelten Plattform eine neue, gemeinsame Basis der sudetendeutschen Politik zu legen, so ist dieses Streben gewiß aller Anerkennung wert. Es fällt aber schwer, an eine Verwirklichung solcher Pläne im letzten Zeitpunkt zu glauben. Es wäre schon ein Erfolg, wenn es gelänge, zunächst einmal die autoritären Schichten in dem Kampfe der Parteien untereinander abzuschleifen.

Der Nihilismus in den tschechischen Lagern ist heute breiter denn je, und zwar deshalb, weil die größte deutsche Partei aus der Entwicklung praktisch ausgeschlossen ist.

Wenn es Gader gelingt, diesen Nihilismus zu verengen und die Verbindung zwischen der Sudetendeutschen Partei und dem Bund der Landwirte wiederherzustellen, so wird er viel zu einer natürlichen und gelunden Entwicklung der sudetendeutschen Politik beitragen können.

Ein neuer Rückschlag für Roosevelt

Die Agrargesetze für verfassungswidrig erklärt

Washington, 6. Januar.

Das Bundesobergericht der Vereinigten Staaten hat das Agrargesetz in seiner ursprünglichen und in seiner revidierten Fassung für verfassungswidrig erklärt.

Die Entscheidung des Bundesobergerichts hat in politischen Kreisen Washingtons großes Aufsehen erregt. Die Parteiführer gingen sofort an die Prüfung der Auswirkungen. Der Spruch wurde mit sechs gegen drei Stimmen gefällt und bringt zum Ausdruck, daß die Agrargesetzgebung einen Eingriff in die einzelstaatlichen Rechte darstelle. Eine allgemeinverbindliche Regelung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten überschreite die bundesrechtlichen Befugnisse. Der Kongreß, so heißt es in der Entscheidung weiter, habe nicht die Befugnis, eine Gesetzesvorlage zu ratifizieren, deren Inhalt nicht verfassungsmäßig sei.

Mit diesem Urteilsspruch hat Präsident Roosevelt nach dieser Auffassung die zweite schwere Schlappe seiner Innenpolitik erlitten.

Der erste Schlag wurde im Vorjahre gegen ihn geführt, als das oberste Bundesgericht sein Gesetzgebungsrecht zur Regelung der industriellen Produktion für nichtig erklärte. Am Montag wurde nunmehr sein gleichlaufendes Bestreben, die landwirtschaftliche Erzeugung gleichfalls für verfassungswidrig zu erklären. Um der Regierung jeden Ausweg aus dieser Sackgasse zu verwehren, wurde in der Gerichtsentscheidung betont, daß selbst freiwillige Vereinbarungen zwischen den Farmern der verschiedenen Einzelstaaten über die Regelung des Anbaus gegen die Verfassung verstoßen würden.

Man erblickt in diesem Gerichtsspruch den Zusammenbruch des ganzen, von Präsident Roosevelt angestrebten Gedankens der nationalen Planwirtschaft, und befürchtet, daß auch seinen Sozialreformen, die im Arbeitergesetz und Sozialversicherungsgebot niedergelegt sind, die Verwerfung durch das Bundesobergericht in Washington droht. Mit größter

Spannung wird nunmehr in politischen Kreisen die zweite, diesmal rein innerpolitische Krise erwartet, die Präsident Roosevelt am Mittwochabend auf dem traditionellen Bankett der demokratischen Partei halten wird.

Der Führer besichtigt die Reichsautobahn

München, 6. Januar.

Der Führer machte am Sonnabend in Begleitung des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen, Dr. Tschöke, die erste Fahrt über den nunmehr fertiggestellten Abschnitt Rosenheim-München im Zuge der Reichsautobahn München-Landesgrenze. Dieser Abschnitt der Reichsautobahn München-Landesgrenze ist mit dem Übergang über den Trudering und seinem einzigartigen Gebirgsbild, so wie der in diesen Tagen fertiggestellten gewaltigen Wangsalmbrücke, einem Meisterwerk deutscher Brückenbaukunst, wohl der landschaftlich schönste und sehenswerteste Teil unserer Reichsautobahnen.

Der Abschnitt von Gollstirchen bis zur Abzweigung nach Schliersee wird in den nächsten Tagen für den allgemeinen Verkehr freigegeben.

Deutsche retten spanische Schiffbrüchige

Damburg, 6. Januar.

Die Besatzung des Dampfers „Cafellon“ der Hamburger Reederei Robert M. Gloman jun. vollbrachte am Sonntag in den spanischen Gewässern eine hervorragende seemannische Tat. Sie rettete bei Finisterre zehn Mann des sinkenden spanischen Dampfers „Viscaya“. Wahrscheinlich handelt es sich bei den Geretteten um die gesamte Besatzung des Dampfers. Der Gloman-Dampfer befindet sich auf der Heimreise von Spanien und dürfte am 8. oder 9. Januar im Damburger Hafen eintriften.

Amerikas neue Rolle

Die Verkündung neuer Grundzüge für die amerikanische Außenpolitik in der Kongressrede des Präsidenten Roosevelt verändert im Zusammenhang mit dem eingebrachten Vorschlag zur dauernden Festlegung der amerikanischen Neutralität in Kriegszeiten die bisherigen Grundlagen der Weltpolitik. Denn für künftige Auseinandersetzungen der Völker in Europa oder in der übrigen Welt ist die grundsätzliche und für alle Fälle erfolgte Einstellung einer Weltmacht wie der USA von gewaltiger Bedeutung. Man weiß jetzt, daß Amerika sich nicht mehr, wie zu Wilsons Zeiten, in europäische Streitigkeiten einmischen oder sie gar mit bewaffneter Macht einschneiden wird. Man weiß aber auch, daß die Vereinigten Staaten in Zukunft jedem Kriegsführenden, ganz gleich, ob Angreifer oder Verteidiger, Kriegslieferungen verweigern. Jede einzelne dieser Maßnahmen zielt darauf ab, Amerika so weit als möglich aus den Konflikten anderer Erdteile herauszuhalten. Die übrigen Nationen können diese Haltung der USA als festen Bestandteil in ihre politischen Rechnungen einstellen. Und wir in Deutschland können nur bedauern, daß diese gesunden Grundzüge, die sich in ihren Absichten mit der Friedens- und Neutralitätspolitik Adolf Hitlers treffen, nicht schon vor zwanzig Jahren in Amerika aufgestellt worden sind, denn dann wäre viel von dem Unheil, der Ungerechtigkeit und der Unruhe in der Welt vermieden worden, über die Präsident Roosevelt im staatsphilosophischen Teil seiner Rede so bewegliche Worte führt.

Denn und daran mancher sonderbar erkrankten ist, so dürfen wir nicht vergessen, daß Roosevelt im Herbst wieder gewählt werden will. Er steht unter dem Druck scharfer Angriffe seines Vorgängers Hoover, der auch kein Nachfolger werden möchte. Zudem hat seine wirtschaftliche und soziale Aufbauarbeit im letzten Jahr manche Rückschläge erlitten, und da ist es für einen demokratischen Staatsmann nicht einfach, den Wählern seine Person und sein Programm wieder schmackhaft zu machen. Da mit der amerikanischen Innenpolitik kein Staat zu machen ist, wendet Roosevelt nun den Angriff an, seinen Landsleuten über die Außenpolitik Dinge zu sagen, die sie gerne hören. Und nach der in Amerika beliebten Schwarz-Weiß-Manier klingt das so: Bei uns, unter dem Banner der Demokratie, herrscht Eintracht und Friede, drüben, über dem Atlantik und Pazifik, im alten Europa und in Ostasien, wo manche Völker von „Autokraten“ beherrscht werden, ist des Kriegesgeschreies und Waffenklingens kein Ende. Dazu kommt die schon einmal gehörte Scheidung zwischen den angeblich 90 Prozent in geistiger Zufriedenheit dahinfliehenden Völker und den 10 Prozent der entsetzten Habenichtse, die für alles Ungemach dieser schönsten aller Welten verantwortlich sein sollen, und denen der Präsident des reichsten Landes nichts anderes zu bieten hat, als den Rat zur Geduld. Sehr einfach, aber zu einfach!

Gemeint sind damit Italien wegen seines abessinischen Eroberungskrieges und Japan wegen seiner ostasiatischen Abenteuer. Der amerikanischen Vorliebe für Verallgemeinerungen und politische Moralspaßen entsprechend werden diese besonderen Beschwerdepunkte eingeleitet in Vorwürfe gegen die autoritären Staatssysteme überhaupt, die nicht nach dem Muster der Washingtoner Verfassung gebildet sind. Kehtlich, wie man ja auch in den westlichen Demokratien Europas manchmal Mussolini, Hitler und Stalin in einen Topf zu werfen beliebt. Nun, wir Deutschen brauchen uns durch Roosevelts Philippika trotzdem nicht betroffen zu fühlen. Einmal, weil der Rationalsozialismus, sein Führer und sein System auf ebenso demokratische Weise und mit noch viel größerer Volksmehrheit zur Macht gekommen und in der Nacht bestätigt worden ist, wie irgendein demokratischer Regierungschef. Und dann auch deshalb, weil die von Roosevelt vertretene außenpolitische Richtlinie der Neutralität, der Nichtmischung in fremde Angelegenheiten und der Lokalisierung von Völkerkonflikten genau den von Adolf Hitler in seinen 18 Punkten aufgestellten Grundgedanken entspricht.

Immerhin sind die allgemeinen Betrachtungen Roosevelts über Demokratien und autoritäre Staaten in manchen Punkten so schief, daß sie auch von unserer Seite der Klärung bedürfen. Besonders die Behauptung, daß demokratisch regierte Länder friedlicher seien als autoritär geführte. Die Erfahrungen der Geschichte sprechen bisher trotz des abessinischen Falles nicht dafür. Und wir erinnern uns, daß schon einmal ein amerikanischer Präsident mit diesem Wellauftrag für die Demokratie — make the world safe for democracy — Wählerstimmen gesammelt hat, nämlich Wilson im Jahre 1916, um dann das friedliebende Amerika direkt in den Welt-

Heute Beilage:

„Heimat und Volkstum“